

Protokoll der Podiumsdiskussion „Demokratie in der Krise? Brasilien heute“

Podiumsteilnehmer*innen: André Dallagnol (Terra de Direitos)
Marie Henriqueta Cavalcante (Comissão Justiça e Paz)
Dom Roque Paloschi (CIMI)

Moderation: Fabian Kern

Protokoll: Wiebke Thomas

Zur Einführung wird eine Chronologie des Amtsenthebungsverfahrens vorgestellt und ein Video zum Sturm auf das Parlament durch Anhänger der Militärdiktatur von Mitte November 2016 gezeigt.

„Wie habt ihr die Situation in dem letzten Jahr in Brasilien erlebt? Welche einschneidenden Erlebnisse hattet ihr?“

Marie Henriqueta Cavalcante:

- „als dunkle Zeit“; „Wir wissen nicht, wohin die Reise geht.“
- Es gab Enttäuschungen mit einigen Parlamentarier*innen, v.a. im Bundesstaat Pará, weil wir erwartet hatten, dass sie keine Verräter*innen/ Putschist*innen sind, aber für das Amtsenthebungsverfahren gestimmt haben. „Unsere eigenen Abgeordneten haben uns verraten.“

André Dallagnol:

- „Fora Temer!/ Temer raus!“ – das vereint Brasilien. Wir rufen das, weil Brasilien heute einen Putsch erlebt.
- Justiz/ Richter*innen haben keinen Kontakt mit der Bevölkerung, es gibt nur eine partielle Demokratisierung. Es gibt den Versuch, die Zivilgesellschaft teilhaben zu lassen, aber die Justiz scheint immun dafür zu sein. Dabei spielen auch die Medien eine große Rolle.

Dom Roque Paloschi:

- Im Kontext der Debatten um den Völkermord an den Guaraní Kaiowá in Mato Grosso do Sul wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss (CPI) eingerichtet, um den CIMI zu untersuchen. Der CIMI, FUNAI, CPT, MST und viele weitere Institutionen und Organisationen sind untersucht worden, ihre Buchhaltung kontrolliert, usw. Aber der CIMI ist als indigener Missionsrat als Konsultationsrat durch die UNO anerkannt worden. Das war uns wichtig.

Ihr arbeitet mit Menschen am Rande der Gesellschaft und nicht in den Megacities. Ich habe gehört, dass am 4.11.2016 gegen den MST vorgegangen wurde. Vielleicht könnt ihr noch etwas zu den NGOs, die zu Menschenrechten arbeiten, sagen?

André Dallagnol:

- Es gibt ein neues Profil der Regierung Temer. Sie ist sehr darauf bedacht, einigen Organisationen im Süden eins auszuwischen und geht vor allem gegen kritische Organisationen, die zu Agrarökologie, regionalen Wirtschaftskreisläufen, usw. arbeiten, vor. Ihre Fördermittel wurden teils komplett eingestellt. Es findet eine Kriminalisierung von Organisationen statt.

- Dadurch haben z.B. kleinbäuerlichen Genossenschaften Schwierigkeiten, denen das Programm für den Aufkauf von Lebensmitteln für das nationale Schulspeisungsprogramm gestrichen wurde.
- Die Justiz greift diese Organisationen frontal an und argumentiert, sie würden nur zum Schein Gelder beziehen. Es geht darum, diese Organisationen auszulöschen und es wird immer schwieriger für uns. Auch bei meiner Organisation [Terra de Direitos].
- Es gibt nicht mehr das MDA [Landwirtschaftsministerium, das die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördert]; es wurde in ein Staatssekretariat eingegliedert. Das Gespräch mit den Kleinbäuer*innen ist abgerissen und Fragen wie organische Landwirtschaft stehen nicht mehr zur Debatte. Die Landfrage wird nicht mehr angegangen.
- Für uns als Organisation ist das ein schwerwiegendes Problem. Unsere Lobby- und Advocacyarbeit ist unmöglich geworden, da wir mit niemandem mehr kommunizieren können.

Audiobeitrag von Dario aus dem Jahr 2014:

- Hauptaussage: Partizipative Räte sind kritisch zu betrachten. Nichts ist in die Praxis umgesetzt worden. Bei den Konferenzen ging es nur darum, den Kurs der Regierung darzustellen und abzusegnen. Nicht ein einziges Mal wurden die Vorschläge der Gruppen oder Organisationen aufgenommen oder gar in die Praxis umgesetzt.

Heute sucht man den Dialog und hat keinen Ansprechpartner mehr. Wie ist es, wenn man an diesen Beiräten teilnimmt? Kann man da noch mit der Regierung verhandeln? Wird man als Gesprächspartner*in anerkannt?

Dom Roque Paloschi:

- Es waren Versuche, die Zivilgesellschaft einzubinden, aber sie doch nicht ernst zu nehmen. Man hat sich der dialektischen Entwicklung entzogen, die Brasilien gebraucht hätte.
- Es geht um ein Kräftemessen. So haben Demonstrationen das Dekret, Gesundheitsämter in 34 Regionen dürften keine Ausgaben mehr erlassen, wieder rückgängig gemacht und es gibt Besetzungen von Schulen und Universitäten gegen die Gleichschaltung.
- Es stimmt, dass der Dialog nicht mehr möglich ist. Aber er wird manchmal geführt, wenn man hartnäckig dafür kämpft und ihn einfordert.

André Dallagnol:

- Die Regierung hat weder die Demarkierung der indigenen Gebiete umgesetzt, noch die Resolution der ILO unterschrieben.
- Außerhalb der Demokratie sehen wir keine Lösung. Die Demokratie muss sich radikalisieren und basisnäher sein. Es ist kein Geschenk, sondern wir müssen Demokratie lernen, verteidigen und schützen. Wir müssen für Demokratie kämpfen. Debattieren, an Bürger*innenbewegungen teilnehmen. Auch die Räte waren sicher ein Beispiel für Demokratie/ einen demokratischen Prozess. Heute haben wir weniger als das.
- Wir haben keine Foren mehr. Es sind viele Dinge zerschlagen worden.
- „Klassenkompromiss“: Auch Lula wollte die Bourgeoisie nicht antasten. Brasilien ist zwar ein Land des globalen Südens, aber auf der anderen Seite imperialistisch par excellence (in afrikanischen Staaten).
- Wir müssen Demokratie radikaler gestalten!

Marie Henriqueta Cavalcante:

- Was wir heute erfahren, sind die Folgen der Fehler der PT: Die Arbeiterpartei hat sich mit der Bourgeoisie zusammengeschlossen. Die Absprachen sind nur den Eliten, national und international, zugutegekommen. Unsere Demokratie ist gescheitert/ banalisiert. Wenn wir uns nicht neu organisieren und aufstellen, werden wir noch mehr einstecken müssen.
- Die Angriffe auf die Demokratie sind so banal geworden, dass kein Aufheben mehr gemacht wird. Immer mehr Rechte werden gestrichen, so dass der Rechtsstaat in Gefahr ist. Die jetzige Regierung schert sich nicht um die Demokratie oder die Bevölkerung. Die Wirtschafts- und Finanzeliten werden immer frecher. So werden die Benachteiligten immer stärker darunter leiden, die Ärmsten der Armen.

Bei den Kommunalwahlen in São Paulo und Rio de Janeiro gab es große Verluste. Es gab viele Stimmenthaltungen und die PT hat sehr viele Kommunen verloren. Wir hatten andere Hoffnungen. Könntet ihr dazu Stellung beziehen?

Dom Roque Paloschi:

- Es fand eine Gehirnwäsche durch die Medien und eine Kriminalisierung der Partizipation der Bevölkerung statt. Es wurde so getan, als seien sämtliche Probleme in Brasilien auf die Korruption zurück zu führen. Dabei gibt es Korruption seit 1500. Man kann nicht die ins Lächerliche ziehen, die an die Justiz und die Beteiligung der Bevölkerung geglaubt haben.
- Die neue Regierung macht alles platt: Rechte, die erkämpft wurden, die neue Verfassung (1988). Die Rechte der Arbeiter*innen werden in Europa, China und weltweit eingeschränkt. Es findet eine Anhäufung von Eigentum und Einkommen in den Händen von einigen wenigen auf der ganzen Welt statt.

Marie Henriqueta Cavalcante:

- Die Kommunalwahlen 2016 waren sehr korrupt. Es gibt eine nationale Bewegung mit Sitz in Brasilia, die sich gegen Korruption bei Wahlen einsetzt und es wurden zwei Gesetzesentwürfe von der Bevölkerung initiiert: Gesetz Nr. 9940 und "lei da ficha limpa"
- Aber es gibt viel Stimmenkauf. Nur über diese korrupten Praktiken waren diese Wahlergebnisse möglich. Diese Wahlen haben eine Partei bevorzugt. Diese politische Kampagne der letzten Zeit war eine der korruptesten der gesamten Geschichte.

André Dallagnol:

- Es gibt verschiedene Analysen der Gründe für den Misserfolg der PT:
- „Kandidat Niemand“: Eigentlich Wahlpflicht, wer gewählt hat, ist hingegangen, um die Stimme zu annullieren oder sich zu enthalten.
- Wie bei der Operation „saubere Hände“ in Italien erhielten Unternehmer*innen bei der Operation Lava Jato in Brasilien nur geringe Strafen. Ziel dieser Operationen ist es, die Wichtigkeit der Demokratie aus den Köpfen der Bevölkerung zu verbannen.
- Es findet ein Vorrücken der Rechten statt und ein gleichzeitiger Verlust des Glaubens an die Demokratie. In São Paulo z.B. ist nicht die Rechte vorgerückt, sondern der linke Kandidat hat die Wahl verloren, weil es so viele annullierte Stimmen gab.
- Man muss die Konzessionen ansehen, die die PT machen musste, damit Dilma ein zweites Mal gewinnen konnte und kritischer nachfragen, wo das Problem ist und ob die Demokratie dem Vormarsch des Kapitals Einhalt gebieten kann.

- Wir sind in der 4. Revolution: neue Technologien (Nano, etc.), COP13 Biodiversität, usw. Der neue Neoliberalismus braucht den Staat, um Ressourcen und die Bevölkerung zu kontrollieren. Aber das ist unvereinbar mit der Demokratie. Demokratien werden aufgebrochen, damit der Staat private Interessen verteidigen und öffentliche zurückstellen kann, z.B. die Rechte der Arbeiter*innen, in Bezug auf Bildung, Gesundheit, usw.
- Es ist nicht alles verloren: Beispiel: Schulen in Curitiba wurden von Sekundarschüler*innen besetzt. Die Bewegungen wachsen. Einige sagen sogar, dass sie unparteiisch sind, sie glauben nicht mehr an Parteien. Wie 1987, als der Zyklus der verfassungsgebenden Versammlung begonnen wurde, wurde nun der Zyklus der Demokratie in Curitiba initialisiert.

Viele Aktivist*innen der PT sind verbittert. Was bedeutet dieser Moment für die Aktivist*innen im linken Lager?

Dom Roque Paloschi:

- Man darf die Hoffnung nie aufgeben. Hoffnung bleibt. Demokratie muss radikalisiert werden. Die „Ent-Täuschung“ ist auch nicht schlecht, um Fehler zu reflektieren.
- Crivella wurde als Evangelikaler in Rio zum Bürgermeister gewählt. Aber das ist nicht die „Verpfingstkirchlichung Brasiliens“. Man muss differenzieren. Man wählt den, weil man enttäuscht ist, weil man politikverdrossen ist.

Es gibt jetzt einen Entwurf für eine Verfassungsänderung, mit dem sozialpolitische Ausgaben vor allem für Bildung und Gesundheit für die nächsten 20 Jahre eingefroren werden sollen.

Marie Henriqueta Cavalcante:

- Dieser Entwurf für die Verfassungsänderung (PEC 55) ist ein Rückschritt. Über 20 Jahre kann man diese Sozialausgaben nicht einfrieren. Der Widerstand der Jugendlichen ist auch Reaktion darauf. Wir hoffen, dass diese Verfassungsänderung nicht zustande kommt. Es ist eine große Bedrohung für uns alle. Unvorstellbar! Das dürfen wir auf keinen Fall zulassen!

Was erwartest du im Kampf gegen die Korruption, diese Jagd auf alle Korrupten in Brasilien?

André Dallagnol:

- Die Politiker*innen, die auf der ersten Liste stehen, befinden sich heute alle in den Ministerien. Der Außenminister und Michel Temer selbst sind in Korruption involviert. Dilma war nur die Erste, die gefallen ist. Die Parlamentarier*innen, die Dilma aus dem Amt gejagt haben, haben sich bis heute der Strafverfolgung entzogen. Sie üben selbst nicht mehr ihr Mandat aus, sondern schicken Vertreter*innen. Es ist eine „bittere Pille“: Alles, was uns noch bevorsteht, wie z.B. das Einfrieren der Sozialausgaben, die Zerschlagung von Sozialpolitiken, das Ende des sozialen Wohlfahrtsstaates, den es in Ansätzen gab, wird eingeläutet.
- Es gibt die Meinung, dass ein beliebter, aber populistischer Präsident an die Macht kommen und neoliberale Interessen vertreten wird. Die Regierung, die heute an der Macht ist, hat mit der brasilianischen Realität nichts zu tun, denn es sind nur alte, weiße, reiche Männer.

Fragen und Kommentare aus dem Publikum

Nilza: Dom Roque Paloschi, Sie haben gesagt, dass man auch Rechte erkämpfen muss, vielleicht können wir ein positives Beispiel dafür nennen, wo eine solche Auseinandersetzung notwendig ist?

Dom Roque Paloschi:

- Positive Beispiele sind z.B. der Indigenenrat und die Besetzung durch die Schüler*innen
- In Brasilien gibt es immer mehr von Staudamm Betroffenen, die Demarkierung der indigenen Gebiete, PEC 55, usw. sind wichtige Themen. Es gibt viele Themen und man muss ständig Widerstand leisten gegen alle drei Gewalten der Regierung. Trotz der Kriminalisierung sind Menschen weiterhin dabei. Es gibt Landbesetzungen, usw. Die kleinen Erfolge sind es oft, die der Hoffnung Nahrung geben, kleine Räume, die wir uns erstreiten, wie z.B. die Errungenschaften der Frauenbewegung gegen eine patriarchale Gesellschaft.

Vertreterin von MAB:

Was bedeutet Demokratie? Es geht nur über gemeinsame Aktion und Organisation. Wir setzen uns seit 25 Jahren gegen die Staudämme ein, aber bis heute gibt es keine Pläne der Regierung. Der Putschstreich war ein letzter Dolchstoß der Rechten gegen die Linken. Wir müssen uns genauer überlegen, was passiert ist. Bereits im Juni 2013 sind die Menschen auf die Straße gegangen. Wir als Basisbewegung werden heute als Terrorist*innen, als terroristische Vereinigung gehandelt. Es ist keine neue Sache, denn während der letzten fünf Jahre sind viele Kleinbäuer*innen und Indigene gestorben. Dieses neue politische Projekt wäre eine Rückkehr in die Sklaverei. Arbeiter*innenrechte werden gestrichen, ausländische Unternehmen dürfen jetzt Land kaufen, wodurch mehr Land Grabbing passiert. La Via Campesina hat kein Vertrauen mehr in die Justiz und darauf, vor Gericht zu gehen. Daher brauchen wir heute andere Taktiken wie etwa Frühwarnsysteme, usw. Auch der internationale Druck ist sehr wichtig. Ich würde gerne hören, wie Brasiliens Situation im internationalen Kontext in Brasilien diskutiert wird.

Vertreterin von FASE aus Belém/ Pará:

Jetzt seid ihr für „Fora Temer!“ Ward ihr auch für „Fora Dilma!“? Darüber muss nachgedacht werden. Wir haben uns für Dilma eingesetzt, obwohl Dilma oder Temer keinen großen Unterschied für den Amazonas machen würde. „Fica Dilma“ war die Verteidigung der Demokratie. Wir haben alles in unserer Verfassung. Das muss nur eingehalten werden. Welche anderen Elemente hat es gegeben bei diesem Putsch? Jetzt ist es passiert. Die Menschen zeigen sich ganz explizit als Rassist*innen und Machos. Vieles von dem, was geschehen ist, ist nur geschehen, weil Dilma eine Frau ist.

Volontär der Caritas in Pará:

Mir erschien das Audio etwas problematisch. In den Augenblicken, in denen eine Partizipation stattfand, erfolgte auch eine Unterdrückung. Aber wir hatten die Chance, das Entwicklungsmodell zu kritisieren. Es fehlt die Kontrolle der Judikative. Was können wir auf internationaler Ebene denunzieren?

Dom Roque Paloschi:

- Das Amazonasgebiet ist ein sehr komplexes Gebiet. Es geht um Kolonialisierung und Rassismus, nationale und internationale Großprojekte. Die öffentlichen Anhörungen sind eigentlich ein Witz, aber wenn Indigene sich dagegen sträuben, werden sie festgenommen. Unsere brasilianische Gesellschaft war immer schon gegen Indigene, Frauen, Schwarze und

Arme und es herrscht Straffreiheit bei schrecklichen Verbrechen. Bei diesen Gruppen gibt es keine Gerechtigkeit. Auch wenn Bewegungen entstehen. Denn Gerechtigkeit und die Justiz funktionieren einfach nicht in unserem Land. Die Würde des Menschen und die Grundrechte sind nicht gewährleistet. Die PEC 55 wird immer enger, die Vorurteile immer größer. Es ist sehr schwer. Am 13.5.1888 wurde zwar formal die Sklaverei abgeschafft, aber man hat die ehemaligen Sklav*innen durch Immigrant*innen aus Europa ersetzt und erst 1998 indigene Gebiete ausgewiesen.

André Dallagnol:

- Es stimmt, dass wir in Brasilien nie eine Demokratie gelebt haben. Wenn man Demokratie als die Macht des Volkes für das Volk versteht. Denn die Regierung vertritt nie die brasilianische Gesellschaft – es gibt kaum Indigene, Schwarze, Frauen oder Kleinbäuer*innen.
- Es gibt ein Demokratieproblem in der Justiz, einen Mangel an Transparenz und sozialer Kontrolle. Es braucht Anhörungsstellen und ein öffentliches Verteidigungsamt (Defensoria Pública) z.B. in Paraná. Terra de Direitos wollte sich daran beteiligen und hat vorgeschlagen, dass die anhörende Person vom Volk gewählt werden sollte, außerdem der Haushalt und die Stelle selbst kontrolliert werden sollten. Sonst wären diese Stellen nur noch in den großen Städten und die Beschäftigten wären alle Beamt*innen. Auch Richter*innen erhalten zusätzliche Gelder immer dann, wenn es keine Kontrolle von außen gibt.

Marie Henriqueta Cavalcante:

- Wir müssen tagtäglich unsere Hoffnung pflegen. Es ist in unseren tagtäglichen Kämpfen, dem Kampf für die Würde des Menschen, v.a. derjenigen, deren Rechte nicht zur Geltung kommen, wie Kinder und Jugendliche, die sexuell ausgebeutet werden.
- Die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen ist sehr stark. Menschenrechtsverteidiger*innen sind Verbrecher*innen.
- Zitat nach Fray Barto: „Lassen wir den Pessimismus für bessere Tage. Es ist Zeit in der Praxis Kritik zu üben und die Hoffnung zu behalten. Die Hoffnung verlieren – niemals.“